Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Volk und Zeit“ für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 216 | Dresden, Donnerstag den 16. September 1926 | 37. Jahrg.

„Rettet die Fememörder!“

Die deutschnationalen Gönner der Verbrecher

D. Berlin, 16. September. (Eigener Funkspruch.) Der Vorwärts veröffentlicht einen aufschlußreichen Brief, den ein Majoratsbesitzer **Granach** aus **Cranzow** an den Stahlhelmführer Düsterberg in Halle gerichtet hat, um eine große Aktion für die wegen Fememordes in Mecklenburg zum Tode verurteilten Mörder des Schützen Panier in die Wege zu leiten. Das Schreiben verwendet sich vor allem für einen gewissen Aschenkampf, der bei Granach als Feldschutzbeamter angestellt war. In dem Schreiben heißt es dann:

„Am 1. Oktober 1925 erschien hier in meiner Abwesenheit die Berliner Kriminalpolizei auf einem Auto und verhaftete ihn. Es ergab sich, daß Aschenkampf in den Döberitzer Fememord verwickelt war. Aschenkampf gehörte der Schwarzen Reichswehr an. In vaterländischer Begeisterung hatten sich die jungen Leute gemeldet, der Entente gegenüber Verschwiegenheit zu wahren. Verräter sollten nicht lebend die Reihen verlassen. Ein gewisser **Panier** floh von der Truppe, wurde von der Polizei in Berlin verhaftet und der Truppe in Döberitz wieder ausgeliefert. Ihrem Schwur gemäß sollte Panier nicht wieder lebend entkommen, und zwar gerade Aschenkampf durch den Kompanieführer den Befehl, dies auszuführen. Aschenkampf hat darauf nach vielem Zureden und innerlichem Widerstreben dem Panier mit der stumpfen Seite eines Beiles einen Schlag auf den Kopf gegeben, hat darauf das Beil entsetzt fortgeworfen und sich schaudernd fortgewandt. Panier war durch den Schlag betäubt und versuchte sich wieder hochzurichten. Der Mord wurde dann von den andern vollendet. Nach erfolgtem Tode gab ein Feldwebel dem Aschenkampf den Befehl, bei der Einscharrung der Leiche zu helfen.

Aschenkampf wurde zum Tode verurteilt, die Revision beim Reichsgericht am 13. d. M. verworfen. Damit sind alle vier jungen Leute endgültig zum Tode verurteilt. Nur ein Gnadengesuch kann sie retten. Es kommt darauf an, sie möglichst vor dem [illegible] Zuchthaus zu bewahren und das schwere Unrecht zu verhüten, daß diese jungen Leute, deren Vaterlandsliebe war, ebenso bestraft werden wie der [illegible] Justizmassenmörder Haarmann aus Hannover. Ich stelle dem Urteil anheim, ob es angezeigt ist, in öffentlichen Versammlungen des Stahlhelms und dergleichen die Volksmassen für die Sache zu interessieren. Vielleicht ist es aber richtig, erst einmal den Erfolg unsres Gnadengesuches abzuwarten, um die Behörden vor dem Vorwurf zu bewahren, dem Druck der Straße [illegible] gewichen zu sein. Ich bitte Sie [illegible], mit der Bundesleitung des Stahlhelms zu beraten, was unternommen werden kann, um die vier Soldaten vor dem Henker oder lebenslänglichem Zuchthaus zu retten. Jedenfalls dürfte es richtig sein, möglichst viel Gnadengesuche mit Masseunterschriften an den Herrn preußischen Justizminister einzureichen.“

Dieses Schreiben sandte Düsterberg an die Bundesleitung des Stahlhelms, wobei er dazu bemerkte: „Es muß alles geschehen; es handelt sich um vier Menschenleben. Männer, die um schnödes Geld unsre militärischen Pläne dem Feinde verraten haben und hierdurch den Tod von Tausenden verursachten, spricht man frei, und diesen armen Teufeln will man ans Leder.“

Es ergibt sich somit klar und deutlich, daß sich der vielgenannte **Stahlhelmführer zusammen mit deutschnationalen Reichstagsabgeordneten als Schützer und Retter von Fememördern betätigt.** Die preußische Regierung wird aber wissen, wie sie Gnadengesuche mit Massenunterschriften für Fememörder nach diesem Schreiben zu bewerten hat.

Neues Belastungsmaterial

D. Berlin, 14. September. (Eigener Drahtb.)

Aus den Verhandlungen des Femeausschusses des Preußischen Landtages, die, wie bereits berichtet, heute wieder aufgenommen wurden, ist noch folgendes nachzutragen: Als besonders bedeutungsvoll erwies sich das Protokoll über die Vernehmung des Stud. ing. **Zschaur** vor dem Amtsgericht Bramstedt. Zschaurs Vernehmung erfolgte im Auftrage des Ausschusses und im Beisein des Ausschußberichterstatters Genossen **Kuttner**. Zschaur war führendes Mitglied der Organisation **Consul**. Er saß im **Rathenau-Prozeß** auf der Anklagebank, wurde aber freigesprochen, dagegen erhielt er mehrere Jahre **Zuchthaus** wegen eines Dynamitanschlags im Kapp-Putsch. Zschaur machte Angaben, die den Rechtsanwalt Dr. Sack, den bekannten Anwalt der Fememörder, aufs schwerste belasteten.

Sack hat nach diesen Angaben an Techow, Tillessen und andre Kassiber ins Gefängnis geschmuggelt. Ebenso hat er einen Fluchtversuch für Techow vorbereitet, der am Tage der Verurteilung erfolgen sollte und nur deshalb unterblieb, weil Techow nicht zum Tode verurteilt wurde. Ferner soll Sack, nach Zschaurs Aussagen, den Hersteller des vergifteten Konfekts [illegible] **mit dem Günther, der im Rathenau-Prozeß mit**angeklagt **war, von den Völkischen aber für einen Verräter gehalten wird, beseitigt werden sollte.**

Techow wie Zschaur waren im Zuchthaus Sonnenburg. Von da aus wurden unter den Stichworten „Moselwein“ und „Saaleck“ (bekanntlich die Burg, wo die Rathenau-Mörder sich erschossen haben) mit Sack eine regelrechte Korrespondenz geführt, für die verschiedene [illegible] benutzt wurden. In dieser Korrespondenz wurde der Fluchtplan Techows genau vorbereitet. Dieser sollte mit Hilfe eines Flugzeuges nach [illegible] und von da nach Ungarn fliehen. Techow war so kein, daß er in einem **Kassiber** Dr. Sack ersuchte, sich dafür einzusetzen, daß er (Techow) nach seiner Befreiung das Amt des **Feuerrichters** und **Vollstreckers** über den Mitverurteilten Günther erhalte.

Berichterstatter Abg. Kuttner referiert dann kurz über das Verhandlungsergebnis im Falle **Jahnke**. Das Beweisthema lautete, ob Jahnke mit Fememördern oder Fememordverdächtigen in Verbindung stand, und ob er an irgendwelchen Bestrebungen zur **Beseitigung Stresemanns** und **Severings** beteiligt war.

Der deutschnationale Verschwörer

Aus dem **Preußischen Landtage** wird uns berichtet:

Der **Femeuntersuchungsausschuß des Preußischen Landtages** nahm am Mittwoch noch einmal zu dem Fall des **deutschnationalen Abgeordneten Jahnke** Stellung, da zwischen der uneidlichen Aussage Jahnkes und der Bekundung des Zeugen Schmidt verschiedene Widersprüche aufgetreten waren. Der 32jährige Kunstgewerbler **Karl Schmidt**, ein ehemaliger Unterführer der Organisation Consul, behauptet, er habe durch Major Buchrucker Kenntnis davon erhalten, **daß der deutschnationale Landtagsabgeordnete Jahnke dabei war, als zwischen Mitgliedern der OC. über Attentatspläne gegen Ebert, Stresemann und Severing beraten worden ist.** Mit Buchrucker habe er am 28. September 1923 im Auftrage der OC. zu verhandeln gehabt. Ich hatte, erklärte Schmidt, die Aufgabe, festzustellen, inwieweit Mitglieder der OC. am Küstriner Putsch beteiligt waren. Das Ergebnis meiner Feststellungen habe ich dem Vorstande in einem Briefe mitgeteilt. Dieser Brief wurde versehentlich mit der Unterschrift Buchruckers versehen. Als Gefahr bestand, daß dieser Brief an die Oeffentlichkeit kommen werde, gab Buchrucker eine eidesstattliche Versicherung darüber ab, daß der Briefinhalt „nicht stimme“. Ich bin leider heute gezwungen, zu erklären, daß diese eidesstattliche Versicherung **falsch** ist. Bei der Besprechung der Attentatspläne, versichert Schmidt, sei auch der Bruder Buchruckers, der Reichswehroffizier Buchrucker aus Ludwigsburg, anwesend gewesen. Es habe sich bei der Sitzung, **an der Jahnke teilnahm, um die maßgebende Besprechung zur Festsetzung des Termins für das Losschlagen gehandelt.**

Auf eine Frage des Abgeordneten Schwerin (Zentr.) erklärte Schmidt: **Jahnke** hat keineswegs die Rolle eines bloßen Zuschauers gespielt. Wohl sei in dem erwähnten Briefe von dem Namen Jahnke nicht ausdrücklich die Rede. Es sei vielmehr die Bezeichnung „Verbindungsmann mit der Reichskanzlei“ gebraucht worden, das aber sei **Jahnke** gewesen.

Die Vernehmung Schmidts wird am Donnerstag fortgesetzt. Ebenso soll Jahnke im Anschluß daran noch einmal Gelegenheit zu einer Erklärung gegeben werden. Am Freitag will der Ausschuß den Major **Buchrucker** vernehmen, der sich zur Zeit auf der Festung Gollnow befindet.

Der Ruf des Führers

An die Nutznießer der Gewerkschaftsarbeit

D. Berlin, 16. September. (Eigener Funkspruch.) Vor den Berliner Gewerkschaftsfunktionären sprach am Mittwochabend der **Vorsitzende des ADGB., Leipart,** über **die kulturelle und volkswirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften.** Er erinnerte einleitend an die elende Lage der Arbeiterschaft ehe es Gewerkschaften gab. Das war die Zeit, wo die Arbeiter völlig der Willkür der Unternehmer preisgegeben waren. Er legte die Schwierigkeiten dar, mit denen die Gewerkschaften dann dauernd gegen Regierung, Behörden und Unternehmer zu kämpfen hatten, um hochzukommen. Aber trotz allen Hemmnissen haben sie ihren Siegeslauf fortgesetzt. Die völlige Anerkennung der Gewerkschaften brachte allerdings erst der Zusammenbruch, die Republik und die Weimarer Verfassung. **Leipart** zeigte im einzelnen die Erfolge der Gewerkschaften auf. Diese Verfassung gab den Arbeitnehmern nicht nur die politische, sondern auch — theoretisch —

die wirtschaftliche Gleichberechtigung.

Gegen diese haben sich die Unternehmer bisher allerdings mit allen Mitteln gewehrt. Aber die Gewerkschaften halten fest an der Forderung der wirtschaftlichen Demokratie, nicht zuletzt im Interesse der gesamten Volkswirtschaft. Um im schweren Kampfe nicht zu erlahmen, sind aber **starke Gewerkschaften notwendig.** Um vorbereitende Arbeit zu leisten, müssen vor allem die durch die Selbsthilfe der Arbeiterschaft geschaffenen **gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen, wie Konsumgenossenschaften, Bauhütten und Wohnungsfürsorgegesellschaften,** mit allen Kräften gefördert werden. Die Gewerkschaften stehen mit beiden Füßen in der Wirtschaft, aus der sie sich nicht wieder verdrängen lassen, sondern sie werden sich immer mehr Einfluß zu verschaffen wissen. Im Interesse der Arbeiterschaft verlangen die Gewerkschaften **eine Erhöhung der Produktivität.** Gerade deshalb fordern sie aber auch

eine vernünftige Lohn- und Wirtschaftspolitik.

Leipart schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis darauf, daß von den 12 Millionen Arbeitnehmern, die im Jahre 1925 in Deutschland unter Tarifverträgen arbeiteten, nur etwa 6 Millionen gewerkschaftlich organisiert sind. **Sechs Millionen Arbeiter ernten also die Früchte der Gewerkschaftsarbeit, ohne selbst zu säen.** Sie in die freien Gewerkschaften einzugliedern, muß die Aufgabe der nächsten Zeit sein, denn nur mit **starken Gewerkschaften** können die Forderungen der Arbeiter durchgesetzt werden.

Elend im Sonnenland

Die Lage des Proletariats in Portugal

Von unserm portugiesischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Peks. Lissabon, Mitte September.

Dem Beispiele Italiens und Spaniens folgend, hat sich auch Portugal **eine Diktatur** zugelegt. Seit dem 28. Mai 1926 besteht in Portugal ein **Militärregiment.** Die politischen Generale, von altersher eine Landplage, haben mit bewaffneter Gewalt die frühere parlamentarische Regierung gestürzt und mit einer Art von Direktorium die Regierungsgeschäfte übernommen. Die Ministerposten sind mit **Generalen** besetzt, den Stadtverwaltungen präsidieren **Oberste** und **Majore**, und die unteren Verwaltungen werden von **Hauptleuten** und **Leutnants** kommandiert. Eine förmliche **militärische Hierarchie** ist eingerichtet, die für alle daran Teilhabenden äußerst lukrativ ist, ob auch für die Verwaltung, ist eine andre Frage.

Dabei hätte Portugal es nötiger als jedes andre Land Europas, endlich einmal **eine ehrliche und tüchtige Verwaltung** zu bekommen. Denn das Land befindet sich heute in einem Zustande **grenzenloser Zerrüttung und Verarmung.** Seit Jahrhunderten haben die Machthaber des Landes systematischen Raubbau mit dem natürlichen Reichtum Portugals und seiner Kolonien getrieben. Aus dem großen Kolonialreich hat man, übrigens genau so wie Spanien, konsequent alle nur erreichbaren Schätze an Edelmetallen, Gewürzen, Hölzern und Eingeborene (als Sklaven) fortgeschleppt. Die natürliche Folge waren der Abfall Brasiliens und die Verarmung der andern Kolonien. Zu Hause aber entstand durch den mühelos erworbenen Reichtum eine anmaßende und zu jeder wirklichen Arbeit unfähige Schicht von Grandseigneurs und Kaufherren, die Portugal als ihre Privatdomäne und seine Bewohner als ihre Arbeitssklaven betrachteten. Die Monarchie, moralisch verkommen und bigott zugleich, kann als einziges Verdienst den Bau von vielen tausend Kirchen und Klöstern in Anspruch nehmen. Dafür blieben ihre Untertanen auch analphabetisch und fromm. Als vor jetzt 16 Jahren der letzte König abdanken mußte, war sein Privatvermögen, das er übrigens immer mit dem Staatsvermögen gleichgestellt hatte, längst nach England in Sicherheit gebracht, alles andre war Nebensache.

Die dann folgenden bürgerlichen Regierungen haben im Prinzip nichts an diesen Zuständen geändert. Denn alle Parteien der parlamentarischen Regierungen waren nur darauf bedacht, sich auf Kosten des Volkes die Taschen zu füllen. Man verkaufte die Aemter, man zog rücksichtslos Steuern zum eigenen Vorteil ein, man vernachlässigte die Verwaltung des Landes. Die Straßen wurden nicht ausgebessert und verfielen. In den Großstädten gibt es keine Wasserleitung und Kanalisation. Die **Volksbildung** wurde konsequent vernachlässigt, so daß heute noch 70 **Prozent der Bevölkerung Analphabeten** sind. Die Beamten werden schlecht oder gar nicht bezahlt, so daß Unfähigkeit und Korruption an der Tagesordnung sind. Noch schlimmer steht es mit der **Volksgesundheit.** Es fehlt überall an Hospitälern, so daß man in den großen Städten selbst Leprakranke und Geistesgestörte auf den Straßen frei herumlaufen sieht. Diesen Zuständen entspricht die **materielle Not der breiten Volksschichten.**

Die Arbeitsverhältnisse sind die denkbar ungünstigsten. **Ein Arbeiter** in den **Städten** verdient etwa 240 Escudos im Monat, das sind etwa 9 M., ein **Landarbeiter** verdient noch bedeutend weniger, er ist froh, wenn er bei 12- bis 14stündiger Arbeitszeit etwa 100 Escudos monatlich verdient. Ebensowenig gibt es eine Invaliden- und Altersunterstützung. In keiner Stadt der Welt sieht man so viele alte Leute betteln wie in Lissabon.

Man sollte meinen, daß angesichts dieser großen Notlage eine starke und geschlossene Arbeiterschaft bestehen müsse. Aber das gerade Gegenteil ist der Fall. Von den mehr als 4 000 000 Arbeitern und Zwergbauern Portugals sind noch keine 70 000 organisiert. Davon ist der Hauptteil in einer syndikalistisch-anarchistischen Gewerkschaftsorganisation, deren ganze Arbeit in der Aufstellung überradikaler Forderungen und in der Bekämpfung und Beschimpfung der sozialistischen Arbeiter besteht. Diese Anarchisten haben genau wie seinerzeit in Spanien jede Organisation und praktische Arbeit von Gewerkschaften unmöglich gemacht. In sinnlosen Attentaten gegen einzelne hochgestellte Persönlichkeiten wurde die revolutionäre Energie des Proletariats vergeudet. Natürlich **dienten diese Methoden den Machthabern des Landes als**